

Protokoll

Sitzung Nr. 2
 Datum **Mittwoch, 26. Februar 2014**
 Ort Aula des Schulhauses der Sekundarstufe I
 Zeit 19.30 bis 20.15 Uhr

Vorsitz	Thomann Lemann Johanna	FDP 1
1. Vizepräsidentin	Spichiger-Röllli Petra	SP 1
StimmenzählerIn	Gunaratnam-Rajendra Shri Ahila Jost Klaus	SP 1 SVP 1
Mitglieder	Dietiker Markus Gerber Rudolf Kistler Fides Niklaus Marc Rhyn Hans-Jörg Steiner Philip Zangger-Schöni Patricia	SP 7
	Bähler Peter Baumann Hans Peter Bolliger Stephan Bucheli Marco Burren Markus Hofstetter Michael Mosimann Bruno Pfister-Aebersold Marianne Ritter-Grieskamp Bettina	SVP 9
	Hadorn Karin Hadorn Markus Rothenbühler Hans-Jörg	BDP 3
	Bacher Markus George Ralph Lötscher Markus Remund Marcel	FDP 4
	Zingg-Kambli Annemarie	EVP 1
	Greber-Borel Anne-Lise Kofel Peter Lastric Dubravka Stettler-Schwenter Marceline Vanoni Bruno	GFL 5

Abwesend	Ackermann Thomas, Mellert Denise Köchli Martin Oesch Toni Stucki Roland Buser Heinz Aebi-Lehmann Elisabeth	CVP 2 BDP 1 FdU 1 EVP 1 FDP 1 SVP 1
Vertreter des Gemeinderates	Bichsel Daniel, Gemeindepräsident Veglio Mirjam, Vizegemeindepräsidentin Crettenand Joseph Huber-Spari Sabine Jörg Kurt Traber Peter Westphale Edi	
Gemeindeschreiber	Gatschet Roland	
Protokoll	Roll Corinne, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende		1
Anzahl Medien		2

Geschäfte

10	Pro Protokoll Protokoll vom 29. Januar 2014.....	20
11	1.201.7 Geschäftsprüfungskommission Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl	20
12	1.92.2 Postulate Eine zentrale Bibliothek für alle in Zollikofen; Abschreibung (Postulat Peter Bähler und Mitunterzeichnende)	20
13	1.92.1 Motionen Motion Hans-Peter Baumann betreffend "Fairer Sold für die Angehörigen der Feuerwehr"; Erheblicherklärung	23
14	1.92.2 Postulate Postulat Toni Oesch betreffend "Bahnhof Zollikofen: Verbesserung der Situation für Bahn-, Postauto- und Busbenützer"; Erheblicherklärung	26
15	1.92.3 Interpellationen Interpellation Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend "Mehr Transparenz über die finanziellen Auswirkungen der kantonalen Politik für Zollikofen"; Antwort	26
16	1.92. Parlamentarische Vorstösse Postulat Marc Niklaus und Mitunterzeichnende "Gewährleistung der Schulwegsicherheit"	27

GROSSER GEMEINDERAT

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Protokollführerin

Verhandlungen

Präsidentin: Herr Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Ratsmitglieder, liebe Pressevertreter und Gäste. Ich begrüsse Sie zur Februar-Sitzung des Grossen Gemeinderates. An dieser Stelle begrüsse ich ebenfalls ganz herzlich Dubravka Lastric, sie nimmt den Platz von David Zurflüh bei der GFL ein. Schön, dass Du da bist, Danke, dass Du Dich bei uns engagieren willst. Ich wünsche dir viel Elan und Freude und wenig Frust.

Entschuldigt haben sich vom GGR: Martin Köchli, Roland Stucki, Denise Mellert, Toni Oesch, Heinz Buser, und Elisabeth Aebi.

Vor uns liegt ein Demissionsschreiben von Bettina Ritter: *"Sehr geehrte Frau Präsidentin, nach reiflicher Überlegung habe ich mich aus persönlichen und familiären Gründen zum Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat entschlossen. Bitte nehmen Sie meine Demission per Ende Februar 2014 zur Kenntnis. Ich danke den Ratskolleginnen und -kollegen für die schönen Kontakte und die interessante Zeit, die ich in ihrem Kreis verbringen durfte. In Ihrem Präsidentschaftsjahr wünsche ich Ihnen alles Gute. Mit freundlichen Grüessen, Bettina Ritter."*

Auf Euren Pulten findet ihr die Einladung der Pfadi Grauholz, sie heisst ja jetzt Frisco. Auch sie hat in diesem Jahr ein Jubiläum zu feiern und freut sich über eine allfällige Teilnahme. Bitte berücksichtigen Sie doch das Angebot, zumal hier im Saal doch das eine oder andere ehemalige "Wölfli" sitzt.

An der nächsten Sitzung wird ein nach den Demissionierungen aktualisierter Sitzungsspiegel vorliegen. Ich stelle fest, dass 33 Volksvertreterinnen und -vertreter anwesend sind, demzufolge kann ich die Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

Mitteilungen der GPK

Präsidentin: Gibt es Mitteilungen der GPK?

Peter Bähler, GPK: An der Regionalversammlung vom 21. März 2014 ist unter Traktandum 3 die Änderung des Geschäftsreglements der Regionalkonferenz aufgeführt. Dieses Geschäft steht unter dem fakultativen Referendum. Die Gemeindeverwaltung hat Sie, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen mit Mail vom 14. Februar 2014 mit den entsprechenden Unterlagen dokumentiert. Die Änderungen sind zum Teil durch andere Erlasse vorgegeben und von sehr geringer Bedeutung. Die GPK erachtet es als nicht nötig, Massnahmen nach Art. 60.3 GOGGR, es geht hier um die Möglichkeit des Behördenreferendums, einzuleiten.

Mitteilungen des Gemeinderates

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Ich habe zwei Kurzmitteilungen. Bei der ersten schliesse ich dem Votum Peter Bählers an. Es geht um das Geschäft "Regionalkonferenz Bern Mittelland" an der nächsten Regionalversammlung am 21. März. Der Gemeinderat kam zum selben Schluss wie die GPK, auch von Seiten Gemeinderat beabsichtigen wir nicht, das fakultative Referendum gegen die Änderung des Geschäftsreglementes zu erheben. Das wäre die erste Kurzmitteilung.

Die zweite kurze Mitteilung betrifft dies (*Anmerkung der Protokollführerin: Daniel Bichsel zeigt ein Papier, auf dem das Twitter-Logo und die Adresse "@zollikofen3052" zu sehen sind*), und es soll eben kurz sein und auf 140 Zeichen Platz haben. Mit der Medienmitteilung

von gestern haben wir das Ganze bekannt gemacht: Die Gemeinde Zollikofen ist bestrebt, möglichst viele Leute ins Gemeindegesehehen einzubeziehen, darum treten wir neu auch aktiv mit den Benutzerinnen und Benutzern von Sozialen Medien in Dialog. Wir haben die verschiedenen Medien sorgfältig verglichen und haben uns entschieden, 2014 mit einem "Twitter-Account" zu beginnen. Twitter ist eine Kommunikationsplattform zur Verbreitung von telegrammartigen Kurznachrichten mit maximal 140 Zeichen. Wer einen solchen Account hat, kann auf @zollikofen3052 topaktuell Neuigkeiten der Gemeinde folgen.

Präsidentin: Weitere Voten des Gemeinderates? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zu den traktandierten Geschäften. Die Traktandenliste ist Ihnen zugestellt worden. Wird in Bezug auf die Reihenfolge der Traktanden ein Abänderungswunsch gemacht? Das ist nicht der Fall. Ich habe jedoch etwas. Weil Toni Oesch heute Abend krank ist, möchte ich Ihnen vorschlagen, dass wir das Traktandum 4.2, beziehungsweise 14, Postulat Toni Oesch betreffend "Bahnhof Zollikofen: Verbesserung der Situation für Bahn-; Postauto- und Busbenutzer"; Erheblicherklärung, auf die nächste Sitzung verschieben. Sind sie einverstanden? Das ist der Fall. **Somit ist die Traktandenliste ohne das Traktandum 4.2 genehmigt.**

10 Pro Protokoll

Protokoll vom 29. Januar 2014

Präsidentin: Wird das Wort verlangt?

Präsidentin: Das ist nicht der Fall. **Somit erkläre ich das Protokoll vom 29. Januar 2014 als genehmigt.**

11 1.201.7 Geschäftsprüfungskommission

Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl

Präsidentin: Das Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vorgegeben. Die Unterlagen liegen vor. Petra Spichiger hat mit Schreiben vom 28. Dezember 2013 bekanntgegeben, dass sie als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission zurücktritt. Wir nehmen eine Ersatzwahl vor; vorgeschlagen ist Ahila Gunaratnam von der SP. Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahlergebnis:

Gestützt auf Art. 56 GOGGR gilt Ahila Gunaratnam als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission mit Amtsdauer per 1. März 2014 bis 31. Januar 2017 als in stiller Wahl gewählt.

12 1.92.2 Postulate

Eine zentrale Bibliothek für alle in Zollikofen; Abschreibung (Postulat Peter Bähler und Mitunterzeichnende)

Präsidentin: Der Bericht des Gemeinderates liegt vor, das Eintreten ist vorgegeben. Das Wort hat die GPK.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Gibt es Bemerkungen des Gemeinderates?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Die Fraktionen haben das Wort.

Peter Bähler, SVP: Der GGR hat die Motion am 24. März 2010 als Postulat überwiesen. Damit erhielt der Gemeinderat den Auftrag, die Zusammenlegung der Bibliotheken zu prüfen. Er kommt nun zum Schluss, dass dies nicht möglich ist und stellt Antrag, das Postulat abzuschreiben.

Ich bin enttäuscht über die Antwort des Gemeinderates. Man verpasst ganz klar eine Chance, die Angebote zusammenzufassen und damit einen grösseren Nutzen für alle, Bevölkerung und Schule zu erhalten. Man will einfach nicht, stelle ich fest. Die Begründungen sind nicht immer nachvollziehbar. So müssen Klassen aus dem Steinibach und dem Geisshubel schon heute einen grösseren Weg in die Schulbibliothek zurücklegen. Zudem wird der Raumbedarf der Tagesschule im Türmli in den nächsten Jahren ganz sicher nicht abnehmen.

Es ist klar dass bei einer gemeinsamen Stellungnahme der beiden Bibliotheken keine sagt "Toll, wir schliessen zusammen". Jede pflegt ja ihr eigenes "Gärtli" und führt in den Stellungnahmen auch ihre Spezialitäten ins Feld.

Ich gebe zu, dass das heutige System auch Vorteile bietet. Aber es sind zwei verstreute Punkte und wenn die Mittel konzentriert eingesetzt werden, könnte mit demselben Aufwand ein besseres Angebot erreicht werden. Auch Punkt vier, in dem es um die Kostenauswirkungen geht, ist nur sehr spekulativ abgehandelt.

Im Gegenteil wird da dann von zusätzlichem pädagogischem Personal gesprochen, welches neu für die Schulbibliothek nötig wäre. Soviel ich weiss, hat jede Klasse eine Lehrkraft, die dabei ist und pädagogisch ausgebildet ist. In der Universitätsbibliothek wird die Arbeit der Bibliothekarin auch nicht vom Professor gemacht.

Für mich ist die Argumentation sehr schwach und zeigt, dass die zuständigen Stellen und Institutionen nicht für Neuerungen offen sind. "Man will einfach nicht" lautet auch das Credo in der Vorlage. Wir können uns ja noch zwei Bibliotheken leisten.

Die SVP und ich widersetzen uns der Abschreibung des Postulates nicht. Damit wird jedoch der jetzige Zustand zementiert. Und der Gemeinderat wird es schwer haben, eine Vorlage in Sachen Bibliothek zu bringen. Eine Bibliothek mit höheren Kosten lehnen wir ab. Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates zu.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen der Fraktionen?

Markus Bacher, FDP: Die FDP dankt für den fundierten Bericht. Er ist sehr gut lesbar und verständlich. Wir begrüssen auch, dass eine umfassende Analyse mit den Stakeholdern gemacht wurde, die betroffen waren. Was auf den ersten Blick nach Synergie und Potential schreit, ist auf den zweiten Blick gut so wie es ist. Wir haben zwei Bibliotheken mit zwei verschiedenen Aufträgen und zwei verschiedenen Zielpublika. Das grosse Synergiepotential kam nicht heraus. Die FDP wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Anne-Lise Greber, GFL: Die Fraktion GFL dankt dem Bildungsdepartement und dem Gemeinderat für die vertiefte Prüfung der Möglichkeit, beide Bibliotheken unter dem gleichen Dach zu vereinen. Die Unterschiede zwischen den Bibliotheken und die Vor- und Nachteile

einer Zusammenlegung sind ausführlich beschrieben. Die Nachteile sind für uns klar überwiegend. Deshalb unterstützt unsere Fraktion den Vorschlag des Gemeinderats und stimmt der Abschreibung des Postulats zu.

Zur Schulbibliothek gilt es noch zwei Bemerkungen zu machen:

1. Die Schulbibliothek wird von Schulklassen der Primarstufe rege besucht. Schön. Doch wie im Bericht erklärt, besuchen die Klassen der Schulanlage Geisshubel nur selten die Schulbibliothek, weil für sie der Weg länger ist. Im Schulhaus Steinibach konnte das Problem mit der Einrichtung einer kleinen Schulbibliothek gelöst werden. Schülerinnen und Schüler können dort Bücher konsultieren oder ausleihen und Klassen organisieren auch thematische Lektionen. Im Geisshubel wurde vor einigen Jahren auch vorgesehen, eine ähnliche Kleinbibliothek einzurichten. Das Vorhaben wurde seither immer verschoben. Es wäre Zeit, das Projekt wieder aufzunehmen und es zu verwirklichen, so dass die Schülerinnen und Schüler vom Geisshubel auch einen besseren Zugang zu einer Bibliothek haben.
2. Die zweite Bemerkung betrifft das Türmlischulhaus. Wie Ihr wisst, sind im Gebäude die Schulbibliothek und die Tagesschule daheim. Die Tagesschule ist mit der Kapazität am Limit. Die Leiterin weiss nicht mehr, wo Platz für die Schülerinnen und Schüler finden, die am Montag, Dienstag oder Donnerstag über Mittag betreut werden. Die Lage ist so schlimm, dass als Notmassnahme am Donnerstag ein Zehntel der Schülerinnen und Schüler zum Mittagessen in die Anlage der Sekundarstufe geschickt wird. Seit zehn Jahren ist die Tagesschule konstant am wachsen. In der nächsten Zeit muss man sich überlegen, welche langfristigen Lösungen möglich sind. In diesem Sinn wäre es nützlich, sich zu fragen, ob die Schulbibliothek allenfalls in das neue Kindergarten-Gebäude verlegt werden könnte, wenn die Kindergärten am Lindenweg neu gebaut würden. Mit einer solchen Lösung hätte die Tagesschule den Platz, an dem es ihr heute fehlt.

Fides Kistler, SP: Die Schulbibliothek und die Gemeindebibliothek an einem Standort zusammenzulegen tönt auf den ersten Blick sehr vernünftig und logisch. Bei genauerem Betrachten zeigen sich zwei Punkte, die bereits erwähnt wurden:

1. Die Bibliotheken haben einen unterschiedlichen Leistungsauftrag. Die Schulbibliothek soll Kindern und Jugendlichen in den umliegenden Schulhäusern das Lesen näherbringen und das Lesen fördern. Die Gemeindebibliothek hingegen möchte in erster Linie allen wohnhaften Zolliköflerinnen und Zolliköflern Bücher ausleihen. Diese werden dann zuhause, oder wo auch immer, gelesen.
2. Der divergierende Leistungsauftrag der beiden Bibliotheken bedeutet auch, dass sie andere Öffnungszeiten haben. Die Schulbibliothek muss geöffnet sein, wenn die Kinder zur Schule gehen. Sei es am Morgen, vor allem am Morgen, oder auch am Nachmittag. Die Gemeindebibliothek hat jedoch nur am Nachmittag geöffnet. Sie wird vor allem in der Freizeit und von der gesamten Bevölkerung Zollikofen genutzt.

Eine Zusammenlegung kostet zudem etwas, sei es in einem neuen Gebäude wie an der Bernstrasse oder sonst an einem Ort. Die Gemeindebibliothek hat indes kürzlich bestätigt, dass sie mit dem jetzigen Standort zufrieden sei. Auch die Schulbibliothek wurde vor Kurzem ausgebaut und gut ausgestattet. Das Argument der Postulanten, wonach Synergien besser genutzt werden könnten, ist damit hinfällig. Wir wünschen uns ebenfalls eine gemeinsame Begegnung von Jung und Alt an einem gemeinsamen Ort, gleichzeitig ist aber die Leseförderung von Kindern und Jugendlichen prioritär. Die BiKo war derselben Meinung und möchte die Bibliotheken so beibehalten wie sie jetzt liegen.

Präsidentin: Weitere Fraktionsvoten? Das ist nicht der Fall. Gibt es Voten der Ratsmitglieder? Das ist auch nicht der Fall. Möchte sich der Gemeinderat noch äussern?

Sabine Huber, Gemeinderätin: Natürlich ist das eine attraktive Idee, die Bibliotheken an einem Ort zusammenzulegen. Am jetzigen Standort ist es schon rein vom Platz her nicht möglich. Es stimmt eben nicht, dass man dies einfach unter einen Hut bringen kann. Vor 30 Jahren, 1984, hat der GGR hier beschlossen, dass man eine zentrale Arbeitsbibliothek nach kantonalen Richtlinien führt in Zollikofen. Das ist die Bibliothek im Türmli. In der Gemeindebibliothek werden tatsächlich Bücher und Medien nur ausgeliehen. Die Arbeitsbibliothek Türmli ist aber ein Arbeits- und Lernort für ganze Schulklassen. Pro Woche sind dort durchschnittlich 17 Klassen am arbeiten. Wenn wir zusammenschliessen würden, müssten wir tatsächlich die Gemeindebibliotheks-Öffnungszeiten derart anpassen, dass über den ganzen Vormittag offen wäre, sonst würde das nicht funktionieren. Und wenn man zusammenlegen würde, wäre auch klar, dass wir uns vom Gedanken einer Arbeitsbibliothek, die ein zentraler Lern- und Lehrort ist, verabschieden müssten. Die einzige Gemeinsamkeit wäre die Ausleihe. Aber die Aufgaben und die Nutzung sind derart unterschiedlich, dass die jeweiligen Bedürfnisse kaum unter einen Hut zu bringen wären. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag des Gemeinderates zu unterstützen.

Präsidentin: Wer das Postulat Peter Bähler betreffend "Eine zentrale Bibliothek für alle in Zollikofen" als erledigt abschreiben will, erhebe die Hand. Das ist einstimmig. Gibt es Gegenstimmen? Nein.

Abstimmung

Das Postulat Peter Bähler betreffend "Eine zentrale Bibliothek für alle in Zollikofen" wird mit 33 zu 0 Stimmen als erledigt abgeschrieben.

13 1.92.1 Motionen

Motion Hans-Peter Baumann betreffend "Fairer Sold für die Angehörigen der Feuerwehr"; Erheblicherklärung

Präsidentin: Der Bericht des Gemeinderates liegt vor, es geht um die Erheblicherklärung. Das Wort hat der Motionär.

Hans Peter Baumann, SVP: Ich glaube, es ist unbestritten, dass die Gemeinde für Dienst- und Hilfeleistungen der Freiwilligen Feuerwehr, wie das hier der Fall ist, auch eine angemessene Entschädigung, besser sollte man sagen "ein Zeichen" setzen muss. Ich habe festgestellt, dies steht auch in der Antwort des Gemeinderates, dass der Sold für die Feuerwehrleute seit dem 1. Januar 1998 nicht mehr angepasst wurde. Das heisst, man liess den Ansatz für eine normale Übung bei zehn Franken pro Stunde, wenn man dies gemäss Reglement umrechnet. Die aufgelaufene Teuerung ist in der Zwischenzeit, auch das ist der Antwort zu entnehmen, um elf Prozent angestiegen. Meine Motion verlangt primär die Anpassung des Soldes an die aufgelaufene Teuerung.

Ich mache zudem in meiner Begründung auch den Bezug zur angepassten Besoldung der Behördenmitglieder per 01. Januar 2013, also von unseren Sitzungsgeldern. Das hat einen Grund: weil diese im selben Besoldungsreglement geregelt sind. Wir haben seit 1998 verschiedene Sachen dort geändert, aber wir haben den Sold der Feuerwehr hier nie diskutiert. Und ich bin auch der Meinung, dass eine gewisse Parität zwischen dem, was wir hier verdienen, das ist auch freiwillige Arbeit für die Allgemeinheit und dem, was eine Feuerwehr leistet, bestehen muss. Es ist klar, dass politische Arbeit in den letzten 15 Jahren nicht wesentlich wichtiger geworden ist, als die Dienstleistungen der Feuerwehr. Oder sind Sie der Meinung, dass Politiker eine Mischung aus Brandstiftern und Feuerwehr sind und ihnen deshalb mehr Entschädigung zusteht?

Was wir hier nicht diskutieren müssen, ist, wie hoch die Ansätze ausfallen sollen. Es geht hier darum, jetzt zu sagen, dass wir vom Gemeinderat eine Vorlage möchten, die sagt, wie die Anpassungen vorgenommen werden sollen. Aufgrund von Gesprächen mit GGR-Mitgliedern habe ich eine Recherche in anderen Gemeinden gemacht. Die meisten Gemeinden haben ein Feuerwehrreglement. Die Ansätze sind dort drin nicht enthalten, das ist eine Weisung oder ein Beschluss des jeweiligen Gemeinderates und in der Regel nicht öffentlich. Aber ich habe vier bernische Gemeinden gefunden. Oberhofen bezahlt Fr. 12.50 pro Stunde, Oberdiessbach und Kirchberg Fr. 30.00 für eine zweistündige Übung, bei Kirchberg ist es nicht explizit drin, aber bei Oberdiessbach. Und Burgdorf bezahlt für drei Stunden Fr. 40.00. Man sieht, in all den Gemeinden und das sind vergleichbare Gemeinden, zahlt man mehr. Ich habe auch eine Grösse aus dem Nachbarkanton Luzern.

Der Feuerwehrverband, der Gemeindeverband und die GVB empfehlen den Gemeinden einen Ansatz von Fr. 12.00 bis Fr. 20.00 pro Stunde. Sie dürfen diese Motion also ohne schlechtes Gewissen überschreiben, weil eine Anpassung, wenn man nur eine Teuerung nimmt von einem guten Franken, sicher realistisch wäre.

Ich gehe auch davon aus, dass man im Jahr 1997, als man diese Ansätze angenommen hat, den Vergleich mit anderen Gemeinden gemacht hat. Wenn wir nun die Teuerung anpassen besteht dort nach wie vor eine gewisse Parität. Ich gehe davon aus, dass, wenn der Gemeinderat mit der Vorlage kommt, er die Vergleiche entsprechend aufführen wird, damit wir hier richtig entscheiden können. Ich danke dem Gemeinderat für den Antrag auf Erheblichkeit, danke auch für die kurze Antwort. Einzig zum Satz "Das Kader der Feuerwehr hat sich bis jetzt noch nie über eine Erhöhung der Soldansätze geäussert.": Das Kader soll nicht um Erhöhung der Besoldung bei der Gemeinde nachsuchen. Es ist, wie ich einleitend gesagt habe, Sache der Gemeinde, die Dienst- und Hilfeleistungen angemessen zu entschädigen. Ich bitte sie, für die Motion die Erheblicherklärung abzugeben.

Präsidentin: Gibt es Bemerkungen des Gemeinderates?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Hans-Jörg Rothenbühler, BDP: Wir von der BDP finden die Überprüfung des Feuerwehrosoldes eine gute Sache und danken Hans Peter Baumann dafür. Wir werden die Motion erheblich erklären.

Bruno Vanoni, GFL: Auf den ersten Blick ist uns die Sache klar vorgekommen und ich könnte es kurz machen: „Fairer Sold für die Feuerwehr“; wer könnte da dagegen sein? Wir von der GFL sicher nicht! Vom Titel her betrachtet, sind wir ganz klar für die Erheblicherklärung der Motion.

Aber bei der genauen Lektüre des Motionstextes und der Stellungnahme des Gemeinderates sind dann doch noch Fragen aufgetaucht. Die Motion verlangt eine Anpassung der Sold-Ansätze. Aber an was? Die Anpassung soll sich an der aufgelaufenen Teuerung orientieren und an der Höhe der kürzlich neu festgelegten Entschädigungen für Behördenmitglieder.

Der Anpassungsvorschlag, den wir mit der Erheblicherklärung der Motion beim Gemeinderat bestellen, soll sich also an zwei verschiedenen Faktoren orientieren: an der Teuerung und an den Sitzungsgeldern für die GGR- und Kommissionsmitglieder. Beides kommt nicht aufs Gleiche heraus und nur schon die Orientierung an der aufgelaufenen Teuerung ist nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick aussieht. Warum nicht?

Das Besoldungsreglement aus dem Jahr 1998 sieht fünf verschiedene Sold-Ansätze für Feuerwehr-Übungen vor. Diese sind, wie es in der Antwort des Gemeinderats heisst, seit

1998 nicht mehr angehoben worden. Die Teuerung seither beläuft sich auf rund 11 Prozent. Aber zwei dieser fünf Soldansätze sind schon länger unverändert geblieben. Der Sold für zweistündige Abendübungen und für Hauptübungen ist schon seit 1985 nicht mehr verändert worden. Jedenfalls haben wir das auf Anfrage von der Bereichsleiterin Sicherheit erfahren; und ich möchte Heidi Ulrich bei dieser Gelegenheit für die Abklärungen und Auskünfte danken. Die beiden erwähnten Soldansätze müssten also an die Teuerung seit 1985 angepasst werden. Und diese beläuft sich auf fast 50 Prozent. Die gleiche Teuerung war übrigens bei den Sitzungsgeldern aufgelaufen, die kürzlich erhöht worden sind, teilweise um 60 Prozent, teilweise aber nur um zehn Prozent, wie in der Antwort des Gemeinderats erwähnt ist. So massiv, wie es in dieser Antwort auf den ersten Blick aussieht, sind die Sitzungsgelder für die Behördenmitglieder also nicht erhöht worden. Dies einfach so als Klammerbemerkung für den Fall, dass da jemand einen kritischen Unterton aus der gemeinderätlichen Antwort herauslesen wollte.

Die Erhöhung der Sitzungsgelder war gerechtfertigt, so wie jetzt auch eine Erhöhung des Feuerwehr-Solds gerechtfertigt ist, der je nach Ansatz seit gut 15 Jahren oder sogar seit fast 30 Jahren nicht mehr an die Teuerung angepasst worden ist.

Ich hoffe, es ist Euch nicht Sturm im Kopf geworden von meinen bisherigen Bemerkungen. Ich wollte damit bloss aufzeigen, dass die Sache nicht so einfach ist, wie sie auf den ersten Blick aussieht. Deshalb müssen wir auch aufpassen, dass wir nicht Äpfel mit Birnen vergleichen: Soldansätze aus unterschiedlichen Jahren oder den Feuerwehrosold mit den Sitzungsgeld-Entschädigungen. Wenn wir von der GFL die Motion erheblich erklären, gehen wir davon aus, dass der Gemeinderat die Sache differenziert und systematisch angehen wird. Dass er uns Vorschläge unterbreiten wird, in denen die verschiedenen Entschädigungen für verschiedene wertvolle freiwillige Engagements wieder miteinander in ein Gleichgewicht bringen.

Zum Schluss noch eine grundsätzliche Bemerkung. Die Feuerwehr selber hat bisher meines Wissens offiziell nie eine Erhöhung des Solds verlangt. Das ehrt sie. Hingegen hat die Feuerwehr in letzter Zeit uneigennützig für eine gute Ausrüstung kämpfen müssen. Auch für uns ist es wichtig und vorrangig, dass die Feuerwehr gut ausgerüstet ist. Das ist für ihre Motivation möglicherweise wichtiger als der Sold. Beides, Sold und Material, werden aus der Spezialfinanzierung Feuerwehr finanziert. Und in diesem Topf wird das Geld wohl etwas knapper, wenn die Soldansätze erhöht werden. Darum erwarten wir: Wer jetzt für die Solderhöhung ist, soll dies später nicht als Argument brauchen, um bei der Ausrüstung zu sparen und Kürzungen von Beschaffungskrediten zu rechtfertigen. Das nötige Geld muss für beides bereitgestellt werden: für fairen Sold und für gutes Material!

Rudolf Gerber, SP: Die SP stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu, ich möchte auf drei Punkte hinweisen, die auch Hans Peter Baumann erwähnt hat. Eine knappe, klare Antwort ist eine Kunst. Häufig ist das Gegenteil der Fall. In diesem Sinne ein Kompliment an die Verfasserinnen und Verfasser. Zweitens: Die SP hat mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat bereit ist, berechnete, wichtige Anliegen anzunehmen, auch in der finanziellen Lage, die wir in der Budgetdebatte diskutiert haben. Dass er dem Thema Rechnung trägt und bereit ist, auf Mehrausgaben einzusteigen. Drittens: Die Bedeutung der Feuerwehr ist bereits erwähnt worden, hier gehört auch ein fairer Sold für die Dienstleistenden dazu. In diesem Sinne unterstützen wir den Antrag wie er vorliegt.

Markus Löttscher, FDP: Für die FDP-Fraktion ist die Antwort etwas knapper ausgefallen und vielleicht auch nicht ganz so klar, jedoch wohlwollend im Sinne von "das machen wir, es gibt eine Erhöhung". Was wir fordern und das wurde vom Motionär jetzt auch erwähnt, ist ein Quervergleich mit anderen Gemeinden. Wir werden der Erheblichkeitserklärung zustimmen.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Möchte sich der Gemeinderat noch äussern?

Edi Westphale, Gemeinderat: An dieser Motion stört mich einzig, dass ich nicht selber darauf gekommen bin, dass man den Sold anpassen sollte. Herzlichen Dank für den Wink. Wir werden versuchen, Antworten auf die Forderung nach Vergleich und nach der richtigen Erhöhung bei den verschiedenen Ansätzen in einer guten Form wieder hierher zu bringen.

Präsidentin: Wir stimmen ab. Wer die Motion Hans Peter Baumann betreffend "Fairer Sold für die Angehörigen der Feuerwehr" erheblich erklären will, erhebe die Hand. Das ist einstimmig. Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall.

Abstimmung

Die Motion Hans Peter Baumann betreffend "Fairer Sold für die Angehörigen der Feuerwehr" wird mit 33 zu 0 Stimmen als erheblich erklärt.

14 1.92.2 Postulate

Postulat Toni Oesch betreffend "Bahnhof Zollikofen: Verbesserung der Situation für Bahn-; Postauto- und Busbenützer"; Erheblicherklärung

Präsidentin: Dieses Traktandum wird wegen Krankheit von Toni Oesch an der Sitzung vom 30. April 2014 behandelt.

15 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend "Mehr Transparenz über die finanziellen Auswirkungen der kantonalen Politik für Zollikofen"; Antwort

Präsidentin: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Hat er Ergänzungen?

Gemeinderat: Keine Ergänzungen.

Präsidentin: Nun hat der Interpellant Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme und er kann erklären, ob ihn die Antwort befriedigt oder nicht.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte dem Gemeinderat und dem Finanzverwalter danken für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Die Antwort zeigt, dass die Zusammenhänge zwischen den Gemeindefinanzen und der kantonalen Politik komplex sind und ich bin dankbar, dass der Gemeinderat mit seiner Antwort zusätzliche Transparenz geschaffen hat. Ich habe jedenfalls viel Interessantes erfahren und hoffe, dass auch allen anderen, die den Text gelesen haben oder noch lesen, vieles klarer wird.

Ein paar Informationen möchte ich hervorheben. Zuerst das einzige Positive, dass ich der Interpellation entnommen habe: Der Versuchsbetrieb für die seit Jahren diskutierte Buslinie 41 Zollikofen – Ittigen soll im kommenden Dezember endlich gestartet werden mit zwei Jahren Verspätung wegen Sparmassnahmen. Allerdings müssen wir dafür noch einen Kredit bewilligen. Und ich hoffe, dass uns dafür nicht der absehbare Engpass in den Gemeindefinanzen in die Quere kommt.

Woher der Engpass kommt, sagt der Gemeinderat in seiner Antwort klipp und klar: Die kantonalen Steuergesetzrevisionen sind schuld, wenn in den Budgets von Zollikofen in den

nächsten Jahren jeweils eine Million Franken fehlt. Man kann es auch positiver formulieren: Die kantonalen Steuergesetzrevisionen haben den Steuerzahlenden in Zollikofen eine Entlastung im Umfang von 0,7 Steuerzehnteln gebracht. Dass Leute mit hohen Einkommen mehr profitiert haben und weiter profitieren, zeigen die Beispiele zur Antwort eins.

Die Senkung der Autosteuern und die jüngsten Sparmassnahmen im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung (kurz: ASP) wirken sich zum Teil direkt und zum Teil indirekt auf die Gemeindefinanzen aus – und dort, wo sie dies nicht tun, treffen sie andere: z.B. die Pensionäre im Altersheim, die Betreuten der Spitex, die Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler: Wie ich gehört habe, kommt die Sekstufe nur um einen gravierenden Lektionenabbau herum, weil sie mehr als ein Dutzend Schülerinnen und Schüler mehr unterrichten kann. Das heisst also: mit gleich vielen Mitteln mehr leisten! Solche Zusammenhänge sind fast nicht zu durchschauen. Ich bin deshalb froh, dass der Gemeinderat in Zukunft transparent und klar über die Auswirkungen der kantonalen Politik auf die Gemeindefinanzen informieren will.

Bemerkenswert sind auch seine Hinweise, dass die beschlossenen Sparmassnahmen in der Sozialhilfe und in der Psychiatrie für die Betroffenen „einschneidend“ sind und möglicherweise nur zu Kostenverlagerungen in die Sozialhilfe und in die Ergänzungsleistungen führen. Und dafür müssen dann wiederum wir alle bezahlen.

Wer die Antwort des Gemeinderates auf die Interpellation liest, kann eigentlich nur zum Schluss kommen, dass die Steuersenkungs-, Spar- und Abbaupolitik der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat nicht das „Gelbe vom Ei“ war. Der Gemeinderat schreibt ja in seiner Antwort; zugegeben: diplomatisch, aber immerhin; dass er über verschiedene Auswirkungen der kantonalen „nicht besonders erfreut“ ist. Und er weist darauf hin, wer das zu verantworten hat: die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat. Ich hoffe, dass die Wählerinnen und Wähler am 30. März die richtigen Lehren daraus ziehen.

Präsidentin: **Ich stelle fest, dass das Geschäft hiermit erledigt ist.**

16 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Postulat Marc Niklaus und Mitunterzeichnende "Gewährleistung der Schulwegsicherheit"

Der Gemeinderat wird gebeten, die Sicherheit unserer zu Fuss gehenden Schülerinnen, Schülern und Kindergartenkinder in der unmittelbaren Umgebung der Schulen und Kindergärten eingehend zu überprüfen und, wo die Sicherheit nicht gewährleistet ist, umgehend entsprechende Massnahmen zu ergreifen.

Begründung

Eltern, Anwohnende, Lehrpersonen und Schulkinder beobachten und erleben regelmässig gefährliche Situationen bei den Zugängen zu unseren Schulen und Kindergärten während der "heissen 10 Minuten" vor Unterrichtsbeginn bzw. nach Unterrichtsende. In diesen Zeitspannen und auf den letzten Metern vor dem Erreichen des Schulareals ist die Verkehrsdichte auf Trottoirs und Strassen am höchsten; daher muss hier der Gewährleistung des Schutzes der Kinder ein besonderes Augenmerk zukommen.

Präsidentin: Wir sind am Ende der Sitzung angelangt, es ist 20.15 Uhr. Die nächste Sitzung vom Mittwoch, 26. März 2014 fällt aus. Es hat zuwenig Traktanden. So wie ich es aber momentan überschaue, gibt es im wachsenden Jahr auch eine wachsende Traktandenliste mit wichtigen Geschäften und gegen Ende des Jahres werden wir uns wohl "warm anziehen müssen". Darum wünsche ich Ihnen einen "lauen" Märzabend. Die nächste Sitzung ist am 30. April um 19.30 Uhr. Danke für Ihre Aufmerksamkeit und einen schönen Abend.